



## Politische Verantwortung wählen

Von Josef Scheuring, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei

**Mit den anstehenden Bundestagswahlen geht die vierjährige Regierungszeit der schwarz-gelben Bundesregierung zu Ende. Im Bereich der inneren Sicherheit können mit dieser Zeit keine positiven Weiterentwicklungen in Verbindung gebracht werden.**

Vergleicht man die Ziele, die sich die Regierungskoalition in ihrem Koalitionsvertrag aufgeschrieben hat mit den Ergebnissen, dann kann man nur von vier verlorenen Jahren für die innere Sicherheit in unserem Land sprechen.

Die konservative Regierung hat in ihrem politischen Kernbereich nichts vorzuweisen. Für das Versagen steht unter anderem der sogenannte „Werthebachprozess“, den sich der erste der beiden Bundesinnenminister dieser vier Jahre, Thomas de Maizière, als Leitprojekt ganz vorne auf seine politische Fahne geschrieben hat. Die eingesetzte Gruppe hochrangiger Pensionäre um den früheren Innenstaatssekretär Dr. Eckart Werthebach hat das eigentliche Ziel des Koalitionsvertrags überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. – Im Ergebnis ist deshalb auch nichts passiert.

Gleichzeitig hat die Aufdeckung der furchtbaren NSU-Terrormorde in unserem Land schonungslos die Schwächen, der sich in den letzten Jahrzehnten fachlich und politisch ungesteuert entwickelten Sicherheitsarchitektur Deutschlands aufgezeigt. Erforderliche Reaktionen erfolgten auch darauf nicht.

Schon frühzeitig haben sich gerade die kleinen und finanzschwachen Bundesländer jeglicher Diskussion hin zu wirklichen Veränderungen verweigert. Und während einige Konservative, angeführt vom jetzigen Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, angesichts der NSA-Datenaffäre von einem „Supergrund-

recht auf Sicherheit“ reden, wird damit verdrängt, dass Deutschland es bis heute noch nicht im Ansatz geschafft hat, der schnell aufwachsenden digitalen Welt polizeilich und nachrichtentechnisch rechtsstaatlich ausgerichtete Kontrollstrukturen entgegenzusetzen. Der Ansatz, den der später durch Thomas de Maizière entlassene Staatssekretär August Hanning entwickelte, wurde erledigt. Mehr ist offensichtlich bis heute diesbezüglich nicht passiert.

Gleichzeitig reisen Tausende Tschetschenen zusammen mit Tausenden Menschen aus anderen, sicherheitspolitisch hoch problematischen Regionen illegal über wirkungslose EU-Außengrenzen nach Deutschland ein, um sich hier illegal aufzuhalten oder Asyl zu beantragen. – Wer eine solche negative, politische Bilanz vorlegt, der betreibt damit regelmäßig das Geschäft der Opposition. – Aber wo ist die Opposition und wo sind die Antworten derjenigen, die das nach der Bundestagswahl besser machen wollen?

Dort wo Rot-Grün in den Bundesländern regiert, sind zuerst die Beamten – und damit auch die Polizistinnen und Polizisten – Ziel von Kürzungen und Einsparungen. Gnadenlos werden, wie in Nordrhein-Westfalen, sogar die Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Laufbahngruppen gegeneinander ausgespielt. Einsparungen bei der Polizei gehen mit der Forderung und Durchsetzung der namentlichen Kennzeichnung der einzelnen Polizistin und des einzelnen Polizisten einher. – Misstrauen zu verstärken, ist Ziel dieser Politik.

Selbst die Sportschau kommt derzeit kaum mehr ohne eine Sendung aus, in der nicht über Finanzbetrüger berichtet wird. Und doch haben es weder die Sozialdemokraten, noch die Grünen bis heute geschafft, dieser hoch sozialschädlichen Kriminalität ein politisches Konzept wirksamer finanzpolizeilicher



Bekämpfungsstrukturen entgegenzusetzen. Es bleibt bei unverbindlichen Erklärungen. – Mutige Schritte sind nicht erkennbar. Wirkliche Alternativen und eine nachhaltige Politik im Bereich der inneren Sicherheit – Fehlanzeige!

Stillstand und Ignoranz zu vorhandenen Problemen bzw. Diskussionen zu Namensschildern sowie Kürzungen, – so könnten die Wahlalternativen bei der Bundestagswahl 2013 beschrieben werden. Keine wirklich gute Wahl.

Und doch ist es gerade für die Kolleginnen und Kollegen, die im Bereich der inneren Sicherheit durch ihre Arbeit große Verantwortung für unser Land tragen, wichtig, wählen zu gehen.

**Wählen zu gehen, ist zentraler Teil der eigenen Verantwortung. Und diejenigen zu wählen, denen man politische Verantwortung zutraut, stellt einen vernünftigen Weg dar.**

In diesem Sinne wünsche ich allen unseren Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei, des Zolls und des Bundesamtes für Güterverkehr eine gute Wahl und eine, sich daraus entwickelnde, verantwortliche Politik für die nächsten vier Jahre.



**NACHGEFRAGT****D**er Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) stellte den im Bundes-tag vertretenen Parteien Fragen zur inneren Sicherheit:

Vor allem auch im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen für die Sicherheitsbehörden des Bundes und welche konkreten Vorhaben die Parteien für die kommende Legislaturperiode im Falle einer Regierungsbeteiligung haben. Den Auftakt machten in unserer Augustausgabe des Bezirksjournals Bundespolizei (Deutsche Polizei) CDU/CSU sowie SPD. Nunmehr folgen die Antworten der anderen Parteien.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

**Geschäftsstelle:**  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-555

**Redaktion:**  
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-5 55  
Internet: [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de)  
E-Mail: [info@gdp-bundespolizei.de](mailto:info@gdp-bundespolizei.de)  
Martin Schmitt  
Mobil (01 72) 8 99 05 23  
E-Mail: [schmitt-karlstein@freenet.de](mailto:schmitt-karlstein@freenet.de)

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35  
vom 1. Januar 2013  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836

**Unsere Wahlprüfsteine:**

1.) Verschiedene Versuche, die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in der Vergangenheit zu überprüfen und Schnittstellen zwischen Bundespolizei, Zoll und dem Bundesamt für Güterverkehr sowie auf Hoher See und in der Verkehrsinfrastruktur neu zu klären, scheiterten. Auch das aktuelle „Programm Innere Sicherheit“ gibt darauf keine Antworten. Die Sicherheitsbehörden wurden mit Organisationsreformen sehr belastet. Beabsichtigt Ihre Partei in der kommenden Wahlperiode erneute Organisationsreformen bei den Sicherheitsbehörden oder Initiativen zur Harmonisierung der mit Polizeiaufgaben betrauten Sicherheitsbehörden des Bundes?

2.) Der Aufgabenkatalog der Bundespolizei im In- und Ausland ist in den vergangenen Jahren immer weiter angewachsen; neue personalintensive Aufgaben wurden von der Bundespolizei übernommen, ohne dass vorherige Aufgaben weggefallen wären. Das zur Verfügung stehende Vollzugs- und Verwaltungspersonal ist nicht mitgewachsen. Wie sollen nach Vorstellung Ihrer Partei die Aufgaben der Bundespolizei unter diesem Missverhältnis zukünftig ausgeübt werden?

3.) Mehrere dem Deutschen Bundestag vorliegende wissenschaftliche Studien, zuletzt die „Strohmeier-Studie“, haben in der Bundespolizei eine enorme personelle Überlastung, unzureichende berufliche Rahmenbedingungen und eine nur geringe Berufszufriedenheit festgestellt. Auch im harten Wettbewerb mit den Länderpolizeien und den anderen Sicherheitsinstitutionen um geeigneten Nachwuchs verliert die Bundespolizei dadurch deutlich an Anziehungskraft. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, bei Übernahme der Regierungsverantwortung für über 40 000 Menschen und ihren Familien die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten attraktiv und die familiär-sozialen Rahmenbedingungen förderlich und fürsorglich zu gestalten?

4.) Viele Aufgaben der Bundespolizei konzentrieren sich zunehmend in Ballungsräumen mit sehr hohen Lebenshaltungskosten, auch und gerade mit Beschäftigten in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Dadurch ist das Gehalt des Großteils der Beschäftigten in den

Ballungsräumen im Vergleich zu den Kosten für den Lebensunterhalt zu gering bzw. nicht ausreichend. Der Grundsatz, dass sich die Beschäftigten von ihren Bezügen unabhängig von Familiengröße und Wohnort annähernd das Gleiche leisten können müssen, ist nicht mehr gewahrt. Vor allem die Wohnkosten sind oft unerschwinglich. Unterstützt Ihre Partei den Lösungsansatz, im Falle einer Regierungsübernahme das starke Kaufkraftgefälle zwischen den Ballungsräumen und Nicht-Ballungsräumen durch einen Kaufkraftausgleich für Bundesbedienstete, wie er seit jeher in der Auslandsdienstbesoldung eingeführt ist, auszugleichen?

5.) Die Arbeit in der Bundespolizei hat sich durch veränderte Aufgaben, aber auch durch eine starke Technisierung nachhaltig verändert. Viele neue Tätigkeitsfelder in der Polizei- und Informationstechnik, der Kriminalitätsbekämpfung und der polizeilichen Administration bedürfen heute hochqualifizierter Beschäftigter, die durchaus als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt und so den Polizeivollzug von vollzugsfremden Aufgaben entlasten können. Die Personalstellenstruktur der Bundespolizei ist jedoch auf dem Stand des alten „Verbände-BGS“ stehen geblieben und hat die rasante Polizeientwicklung nicht nachvollzogen. Beabsichtigt Ihre Partei, im Falle einer Regierungsübernahme durch Qualifizierung, Fachkräftewerbung und Einrichtung von Stellen für Hochqualifizierte, die Entlastung von vollzugsfremden Aufgaben und die breitere Gewinnung von qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern voranzutreiben?

**Die Antworten der FDP:**

Zu 1.) Die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten leisten eine wichtige Arbeit. Ihren Einsatz für die innere Sicherheit

und Grenzsicherung würdigen wir ausdrücklich. Wir erkennen an, dass die Reformen der letzten Jahre die Betroffenen vor große Herausforderungen gestellt haben. Daher hat die FDP die Umsetzung der Bundespolizeireform nicht nur in der Oppo-



## NACHGEFRAGT

sitionszeit, sondern auch in den letzten Jahren kritisch begleitet. In dem von uns initiierten Koalitionsantrag „Neuorganisation der Bundespolizei erfolgreich fortsetzen – Bundespolizistinnen und Bundespolizisten unterstützen“ (BT-Drs. 17/3187) haben wir einige kritische Punkte, die den Beschäftigten der Bundespolizei besonders wichtig waren, aufgegriffen. Die Bundesregierung wurde beispielsweise aufgefordert, die Reform zügig und sozialverträglich abzuschließen, bei der Nachwuchsgewinnung den lokalen Bezug zu stärken, besonders die Personalsituation an Flughäfen und Ballungsräumen im Blick zu behalten und die Bundespolizei bei der Umsetzung moderner Personalmanagement- und Personalentwicklungskonzepte zu unterstützen. Die FDP setzt sich zudem für eine Reform der Sicherheitsarchitektur dahingehend ein, dass Doppelzuständigkeiten vermieden werden. So ist z. B. zu hinterfragen, ob durch eine auch gesetzlich klarere Kompetenzabgrenzung das Zusammenspiel zwischen Landespolizei, Bundespolizei und Zoll an den Flughäfen verbessert werden kann. Dadurch können (personelle) Ressourcen besser und effizienter genutzt werden.

Zu 2.) Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Bundespolizei personell und technisch so ausgestattet ist, dass die Aufgaben auch erfüllt werden können. Aufgabenneuübertragungen sind nicht zuletzt aus diesem Grund stets kritisch zu hinterfragen und bedürfen einer guten Begründung.

Zu 3.) Unter anderem mit dem Gesetz zur Familienpflegezeit und zum flexibleren Eintritt in den Ruhestand für Beamtinnen und Beamte des Bundes haben wir in dieser Legislaturperiode die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt. Denn Grundsätze liberaler Familienpolitik sind die Wahlfreiheit der Menschen, mehr Freiraum für die persönliche Lebensgestaltung, mehr Eigeninitiative und eine Vielfalt von Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen. Ein liberaler Staat setzt familien- und kinderfreundliche Rahmenbedingungen durch eine familienfreundliche Kultur und Infrastruktur sowie eine familiengerechte Arbeitswelt, die eine Entscheidung für Kinder durch eine echte Wahlfreiheit ermöglichen. Dies gilt

insbesondere auch für besondere Arbeitsverhältnisse wie den Polizeidienst oder den Dienst bei der Bundeswehr. Mit Blick auf eine bessere Vereinbarkeit von Dienst und Familie fordert die FDP den sofortigen schnellen Ausbau von qualitativ hochwertigen Angeboten der Kindertagesbetreuung. Ein zügiger Ausbau der Kindertagesbetreuung wird vor allem dann erreicht, wenn private Initiativen wie Elternvereine, privat-gewerbliche Einrichtungen und Betriebe verstärkt Kindertagesbetreuung vor allem im Krippenbereich anbieten. Private und privat-gewerbliche Träger sollten daher einen gleichberechtigten Zugang zu öffentlicher Förderung haben. Es besteht auch die Pflicht des Dienstherrn, bei den Vorgaben für den Schichtdienst etc. die persönliche Situation der Polizistinnen und Polizisten einzubeziehen. Insbesondere ist es aus Sicht der FDP dabei unterstützenswert, wenn vor Ort die Zusammenarbeit beispielsweise mit Kindertagesstätten gesucht wird, die den Anforderungen des Dienstes gerecht werden.

Zu 4.) Das Bundesverfassungsgericht hat den Anspruch auf eine Ballungsraumzulage abgelehnt. Einzelne Institutionen gewähren ihren Mitarbeitern indes Ballungsraumzulagen. Als bundesweiter Arbeitgeber ist es für den öffentlichen Dienst des Bundes nicht einfach, eine derartige Zulage einzuführen. Denn einerseits sind die Lebenshaltungskosten in einzelnen Ballungsräumen überdurchschnittlich hoch, andererseits werfen auch die Tätigkeit und das Leben in eher abgeschiedenen Regionen Fragen nach einer besonderen Berücksichtigung der dortigen Situation auf. Es gilt, eine angemessene Lösung zu finden, die auch innerhalb des öffentlichen Dienstes Zuspruch findet. Zu berücksichtigen ist, dass die Angehörigen der Bundespolizei sich bewusst für einen Arbeitgeber entschieden haben, der sie bundesweit einsetzen kann. Die FDP setzt sich jedoch dafür ein, dass eine angemessene und dauerhafte Stellenplanung an den jeweiligen Dienststellen die häufigen Abordnungen verzichtbar macht. Zudem soll auch regional für Personal der jeweiligen Dienststellen geworben werden, insbesondere in den Ballungsräumen.

Zu 5.) Die FDP setzt sich für die zügige Schaffung eines zukunftsfä-

higen Personalentwicklungskonzepts bei der Bundespolizei ein. Dies gilt grundsätzlich für alle Bereiche der Polizei: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen Perspektiven für ihre persönliche Karriereentwicklung. Die zunehmende Spezialisierung der einzelnen Zweige der Polizei muss dabei ebenso berücksichtigt werden wie die Konkurrenz des öffentlichen Dienstes mit privaten Arbeitgebern. Die FDP hält es für geboten, gerade auch mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Polizei einzubeziehen und auf die besonderen kulturellen und sprachlichen Kompetenzen dieser Menschen zu rekurrieren. Zudem setzt sich die FDP auch bei der Gewinnung von Personal für die Bundespolizei für eine regionale Anwerbung ein, um gerade in Ballungsräumen ausreichend Personal für die dortigen Dienststellen zu gewinnen. Schließlich hält es die FDP für erforderlich, gerade im Bereich der IT-Systeme neues qualifiziertes Personal zu gewinnen und attraktive Arbeitsbedingungen zu bieten, die auch im Vergleich zur Privatwirtschaft konkurrenzfähig sind.

Die FDP setzt auf attraktive Beschäftigungs- und Bezahlungsbedingungen, um im Wettbewerb um qualifizierten Nachwuchs, der infolge der demografischen Entwicklung schärfer werden wird, bestehen zu können. Die FDP hat diesen Aspekt in der Vergangenheit stets betont und in dieser Legislatur z. B. mit dem Fachkräftegewinnungsgesetz die Position des Bundes bei der Fachkräftegewinnung gestärkt. Der öffentliche Dienst darf nicht „kaputt“ gespart werden. Anderenfalls leidet darunter die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. Ein funktionsfähiger öffentlicher Dienst liegt aber im Interesse von Bürgern, Gesellschaft und Staat. Neben einer konkurrenzfähigen Bezahlung und attraktiven Dienstposten muss auch die Aufgabe als solche attraktiv gestaltet sein. Sie darf nicht mit Bürokratie überfrachtet sein. Selbstverständlich können auch Beamte von der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung nicht ausgenommen werden, wie wir dies z. B. bei der Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes und der Übernahme des Tarifabschlusses gezeigt haben.



**Die Antworten von Bündnis 90/  
Die Grünen:**

Zu 1.) Unsere Reformpläne zielen zunächst auf einen anderen Schwerpunkt als die bisherigen Vorhaben wie die Bundespolizeireform und die Ideen aus dem Werthebachpapier. Zentral sind für uns die Konsequenzen aus den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses zu den Morden der NSU-Terroristen. Einige Maßnahmen zur Verbesserung des Informationsaustauschs wurden bereits ergriffen, die wir der Richtung nach auch für richtig halten. Wir wollen eine konkrete Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden, allerdings müssen in den Regelungen zur Datenspeicherung die Urteile aus Karlsruhe noch umgesetzt werden. Wir stehen für das Trennungsgebot von Polizei und Verfassungsschutzbehörden, die aber themenbezogen flüssig zusammenarbeiten können müssen. Bei der Polizei wollen wir vor allem die Ausbildung verändern, damit gerade in Sachen Rechtsextremismus neue Gefahren besser erkannt und angemessen bekämpft werden – und die zutage getretenen Vorurteilsstrukturen anlässlich von Verbrechen gegen Migrantinnen und Migranten aufgehoben werden. Die Bundespolizeireform ist aus unserer Sicht überarbeitungsbedürftig: viele Beamte klagen über ein Übermaß an Bürokratie und den Aufgaben nicht mehr richtig angemessene Stellenplanung; flexible Laufbahnen, Spezialisierung, nachhaltige Personalplanung und konkurrenzfähige Bezahlung stehen hier auf der Tagesordnung. Schließlich ist etwa im Bereich Luftfahrtsicherheit eine Anpassung erforderlich: die Aufgabenverteilung zwischen Zoll, Polizei und teilweise Privaten hat viele Mängel, hier sind zumindest Verfahren und Kooperationsformen zu verändern. Ein institutionelles Zusammenlegen ist nicht immer die richtige Entscheidung, die Bundespolizeireform hat ja belegt, dass große Würfe am Reißbrett nicht schon alleine ein gutes Ergebnis bewirken.

Zu 2.) Eine kontinuierliche Politik der Neueinstellungen in unterschiedlichen Bereichen der Polizei ist erfor-

derlich, auch und gerade um den hohen Stand qualifizierter und hoch motivierter Beschäftigter aufrechtzuerhalten. Leider ist in der Vergangenheit bisweilen scheinbar ohne ausreichenden Blick für die Folgen Personal abgebaut worden, so dass sich auf manchen Gebieten nun schwer zu schließende Lücken auftun. Eine fachliche Bewertung der Bedarfe einzelner Bereiche kann auf der Grundlage der uns nur beschränkt vorliegenden Informationen der Situation in den verschiedenen Bereichen allerdings nicht vorgenommen werden. Ein Stellenaufwuchs, der pauschal mit neuen Aufgaben begründet wird – wie etwa die Neuschaffung von Stellen unter der Überschrift „Cybercrime“ beim BKA – ist aus unserer Sicht nicht der richtige Weg. Genauso wie die Streichung von Stellen nicht einfach pauschal stattfinden kann, sind auch neu zu schaffende Stellen konkret sachlich zu begründen – aber in vielen Bereichen ist die Situation inzwischen so, dass der Bedarf klar erkennbar ist.

Zu 3.) Für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine ganz wesentliche Herausforderung. Männer und Frauen wollen heute in gleicher Weise beruflich tätig sein und ihre hohe Qualifikation auch einsetzen können. Deswegen ist es richtig, die Arbeitgeber mehr in die Pflicht zu nehmen, ihren Teil der Unterstützung zu leisten – es darf nicht länger stillschweigend erwartet werden, dass die Eltern durch eigenen Aufwand und Verzicht alle Lasten tragen und alle praktischen Probleme lösen, die die Betreuung und das Aufwachsen von Kindern mit sich bringen. Deswegen müssen zum einen Möglichkeiten geschaffen werden, um Kinder flexibel in der Nähe der Eltern betreuen zu können und umgekehrt muss die Möglichkeit eingeplant werden, dass Eltern auch sehr spontan familiäre Pflichten übernehmen können. Dass es bei der Bundespolizei – wie in vielen Institutionen – sehr wenige Frauen in Führungspositionen gibt, muss sich ändern. Auch wenn sich das Problem zum Teil „auswachsen“ wird – es gibt immer mehr qualifizierte Frauen, die nach und nach in die Führungsrollen aufrücken können – geht das nicht von alleine. Wenn entsprechende Fördermaßnahmen (dazu gehört auch eine Verbesserung des Arbeitsumfeldes für Eltern) keinen erkennbaren Fortschritt

bringen, dann ist für uns auch eine Quote vorstellbar. Denn wir müssen in vielen Lebensbereichen feststellen: Es gäbe die qualifizierten Kandidatinnen, aber sie werden häufig nicht befördert.

Zu 4.) Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen setzt sich insgesamt für die Verbesserung der Situation der Beschäftigten der Bundespolizei ein. Dazu gehört nach unserer Auffassung auch eine Anpassung der Besoldung entsprechend der Lebenshaltungskosten und der besonderen Anforderungen, die dieser Beruf mit sich bringt. Hier sehen wir im Rahmen haushaltsrechtlicher Möglichkeiten Handlungsbedarf bei Beschäftigten in niedrigeren Besoldungs- und Entgeltgruppen. Im Zusammenhang mit sog. Ballungsräumen sind wir uns der besonderen Herausforderungen bewusst. Der in § 55 BBesG niedergelegte Kaufkraftausgleich betrifft indes eine sehr spezielle Konstellation (Beamte im Ausland) und ist in dieser Form nicht übertragbar. Eine Ballungsraumzulage, wie sie mit Art. 94 Bay-BesG in Bayern gilt, sehen wir auch eher skeptisch. So stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der genauen Definition eines „Ballungsraumes“ und der Berücksichtigung von Gefällen innerhalb eines solchen. Auch ist eine geringe Kaufkraft nicht ohne Weiteres mit einem entsprechend geringeren Lebensstandard gleichzusetzen. Denn in Ballungsräumen gibt es häufig bessere Bildungsangebote, medizinische Versorgungs- und Freizeitmöglichkeiten usw. Die genaue Ausgestaltung eines Ausgleichs für solche Beschäftigte, die mit örtlich besonders hohen Lebenshaltungskosten konfrontiert sind, ist also nicht ganz einfach, wir wollen aber dafür sorgen, dass auch in solchen Regionen ein angemessenes Gehaltsniveau gewährleistet bleibt.

Zu 5.) Wir teilen die Kritik am Auseinanderdriften von Aufgaben und personeller Ausrichtung. Deswegen ist aus unserer Sicht klar, dass die Personalpolitik bei der Bundespolizei immer wieder neu an sich verändernden Gegebenheiten auszurichten ist. Das betrifft zum einen die Schaffung von Stellen für Spezialisten, die neu entstandene Aufgaben übernehmen können, aber auch Fragen der Arbeitsorganisation und der internen Anforderungen – gerade nach der letzten Bundespolizeireform haben ja viele Beamtinnen und Beamte beklagt,



dass sie sich einem sehr hohen Maß an neuen bürokratischen Anforderungen gegenüber sehen. Eine Mischung aus aufgabenbezogener Einstellungspraxis und Aufgabenkritik und -reform erscheint uns als der richtige Weg, um auch weiterhin eine leistungsfähige Bundespolizei zu sichern.

**Die Antworten von DIE LINKE:**

**DIE LINKE.**

Zu 1.) Voraussetzung einer Optimierung der Sicherheitsarchitektur ist nach Ansicht der Partei DIE LINKE eine solide Überprüfung des Wildwuchses der letzten Jahre im gesetzgeberischen und organisatorischen Bereich der Sicherheitsarchitektur. Die für die laufende Legislatur angekündigte Evaluierung wurde allerdings nicht vorgenommen, vielmehr wurde der Wildwuchs von Kooperationsgremien, -dateien und -aufgaben sogar bruchlos fortgeführt. Angekündigte Reformen vor allem im Bereich der Bundespolizei sind hingegen bestenfalls in Ansätzen stecken geblieben, zum großen Teil der Sparpolitik zum Opfer gefallen oder in der Mangelverwaltung geendet. Wesentliche Ziele wie Bürokratieabbau und mehr „Personal auf die Straße“ wurden verfehlt, in manchen Bereichen (Abordnungen) haben die Reformen selbst zusätzliche Belastungen für Organisation und Personal geschaffen. DIE LINKE fordert seit langem eine umfassende Aufgabenüberprüfung der Polizeien des Bundes und der Länder, eine Rückführung der zu Beginn der 2000er-Jahre eingeleiteten anti-terroristischen Ausrichtung aller Sicherheitsbehörden und eine entsprechende Ressourcenverteilung. Vorsichtige Aufgabenneuordnungen, wie wir sie mit dem bekanntermaßen umstrittenen Vorschlag einer Bundesfinanzpolizei vorgelegt haben, könnten dann ohne ideologische Brillen aufgabenorientiert diskutiert und eingeleitet werden.

Zu 2.) Die Bundespolizei ist mit den inhaltlichen Aufgabenzuwächsen der letzten Jahrzehnte immer mehr überfordert worden. Dieser Trend wurde durch den massiven Abbau der Länderpolizeien verschärft. Eine Aufgabenkritik ist längst überfällig. Die übertriebene personelle und investive Konzentration auf die Terrorbekämpfung bindet Kräfte, die bei der

alltäglichen Kriminalitätsbekämpfung fehlen. Auch andere Aufgaben sind politischen Entscheidungen geschuldet, die an den Realitäten vorbeigehen. Allein die Legalisierung von Cannabis und die Aufhebung der Residenzpflicht für Asylbewerber würde eine große Entlastung der angespannten Personalsituation bringen. Weiterhin ist mit der von uns angestrebten Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für den öffentlichen Dienst und auch für die Polizei eine Übereinstimmung der Dienst- und der Stellenpläne zu erreichen und es kann die übergroße Aufgabenverdichtung entspannt werden.

Zu 3.) Der öffentliche Dienst im Allgemeinen und die Polizei im Besonderen sollten Vorreiter für familienfreundliche Regelungen und flexible Lebensarbeitszeitlösungen sein. Nur so kann die Polizei im Wettbewerb um gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mithalten. Der Gehaltswettbewerb mit der privaten Wirtschaft wird gerade bei hochqualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kaum zu gewinnen sein. Die in dieser Legislatur von der Regierungskoalition beschlossenen Gesetze zur Fachkräftegewinnung, zur Familienpflegezeit, zur Altersbesoldung und die beamtenrechtlichen Regelungen im Professorenbesoldungsgesetz sind kaum mehr als Placebos. Besonders gut sieht man das am Familienpflegezeitgesetz. Es wird von den Beschäftigten nicht angenommen! Es muss nach Ansicht der LINKEN ein Recht auf Familienpflegezeit festgeschrieben werden. DIE LINKE setzt allerdings

mehr auf professionelle Pflege und begleitende Angebote zur Unterstützung, die die pflegerische Versorgung von Angehörigen gewährleisten müssen. Wir fordern eine sechswöchige bezahlte Pflegezeit für Erwerbstätige, die der Organisation der Pflege und der ersten pflegerischen Versorgung dient. Darüber hinaus sind die Leistungen der sozialen Pflegeversicherung anzuheben.

Zu 4.) DIE LINKE befürwortet die Einführung einer Ballungsraumzulage. Beamtinnen und Beamte unterliegen nicht der freien Wahl des Dienstortes. Demzufolge müssen höhere Lebenshaltungskosten z. B. in Ballungsräumen ausgeglichen werden.

Zu 5.) Wie in Frage 2 bereits beschrieben, streben wir eine Ausbildungs- und Einstellungsoffensive für den öffentlichen Dienst und auch für die Polizei an. Dadurch wird die Aufgabenverdichtung zurückgedrängt und vollzugsfremde Aufgaben können von neuem Verwaltungspersonal übernommen werden. Familienfreundliche Regelungen und flexible Lebensarbeitszeitlösungen, die über das hinausgehen was in der Wirtschaft üblich ist, können hochqualifizierte Quereinsteiger für die Polizei überzeugen. Die Einstellung der beruflichen Quereinsteiger muss u. a. durch die Portabilität von Versorgungsansprüchen erleichtert werden. Die Ausbildung von Polizeibediensteten muss sich an den späteren Spezialisierungen orientieren. Dies gilt ebenso für die berufliche Weiterbildung. Diese muss deutlich ausgebaut werden.

**NACHRUf**

Am 10. Juli 2013 verstarb für uns alle vollkommen unerwartet im Alter von nur 49 Jahren unser Kollege

**Carsten Klemer**

Carsten Klemer war als aktiver und engagierter Gewerkschafter Vorsitzender der Kreisgruppe Angermünde und Mitglied im Vorstand der Direktionsgruppe Berlin-Brandenburg. Wir werden seine Kollegialität, sein Engagement und seine Herzlichkeit vermissen. Er hinterlässt seine Frau und drei Kinder. Was uns bleibt, sind Dank und Erinnerung.

*Josef Scheuring – für den GdP-Bezirk Bundespolizei*

*Manfred Kirchhoff – für die GdP-Direktionsgruppe Berlin-Brandenburg*



**KREISGRUPPE KAISERSLAUTERN**

Die Bundespolizeiinspektion Kaiserslautern beteiligte sich mit acht Läufern (Foto) am 6. „Gründel's fresh Firmenlauf“, am 6. Juni 2013 in Kaiserslautern; die Läufer trugen durch die örtliche Kreisgruppe der

Gewerkschaft der Polizei (GdP) gesponserte Laufshirts. Es handelte sich um eine gelungene Veranstaltung, bei der der olympische Gedanke im Vordergrund stand. So konnten die acht Läufer den 5 km

langen Kurs durch die Stadt Kaiserslautern unverletzt absolvieren. – „Auch im nächsten Jahr sind wir wieder mit am Start“, so die einheitliche Meinung der Läufer.

**LT****Foto: GdP**

Die Kreisgruppe (KG) Kaiserslautern der Gewerkschaft der Polizei (GdP) präsentierte sich beim „Tag der offenen Tür“ der Bundespolizeiinspektion (BPO-LI) Kaiserslautern (KL) und des Polizeipräsidiums (PP) Westpfalz am 8. Juni 2013 bei strahlendem Sonnenschein. Den über 10 000 Besuchern wurde ein abwechslungsreiches Programm angeboten. Ob Abseilübung des SEK, gemeinsame Motorradvorführung des PP Westhessen und der BPO-

LI KL oder Sprengstoffsuchübung der Diensthundeführer, die Besucher waren überaus zufrieden. Mittendrin der Infostand der GdP-KG KL. Auch hier herrschte großer Besucherandrang und die Kolleginnen und Kollegen informierten die interessierten Besucher über die Arbeit der GdP sowie zu den regionalen Problemstellungen der KG. Alles in allem war der „Tag der offenen Tür“ sowie die GdP-Präsentation ein großer Erfolg.

**LT****TEAMWETTKAMPF**

Auch in diesem Jahr konnte Anfang Juli 2013 wieder ein gemeinsamer Teamwettkampf zwischen dem III. Zug der 16. Bereitschaftspolizeihundertschaft (BPH) aus Gelsenskirchen und dem 3. Zug der 1. Hundertschaft der Bundesbereitschaftspolizeiabteilung Sankt Augustin (BPO-LABT STA) durchgeführt werden. Bei strahlendem Sonnenschein mussten die Teilnehmer vormittags in der Unterkunft Sankt Augustin zunächst

verschiedene Stationen in gemischten Teams absolvieren. Hierbei wurden u. a. durch ein Situationstraining die jeweils verschiedenen Techniken im Bereich Einsatztraining und -taktik für die Bewältigung einer Ad-hoc-Lage abgerufen. Bei den weiteren Stationen wurde die sportliche Leistungsfähigkeit jedes Teilnehmers in der Sporthalle oder die Treffsicherheit beim Schießen in der Raumschießanlage gefordert.

Die zweite Hälfte des Tages war geprägt durch den Teamlauf in und um die Schießanlage Spich. Hierbei musste im Rahmen der Laufstrecke ein See schwimmend und mit Paddelboot im Schlepptau durchquert, ein Rätsel gelöst und eine Trage mit Puppe transportiert werden. Den Abschluss des Laufs bildete ein Hindernisparcours auf der 400-Meter-Schießbahn inklusive eines Schießens auf besondere Ziele. Nach dem Rückbau der Stationen kehrten alle Teilnehmer nach Sankt Augustin zurück. Hier klang der Tag dann mit leckerem Gegrilltem und dem ein oder anderen Kaltgetränk aus. Der gemütliche Teil wurde intensiv zum gegenseitigen Kennenlernen und zum Erfahrungsaustausch genutzt. Dieser Tag wird uns allen in positiver Erinnerung bleiben. Wir freuen uns, unsere Freunde beim nächsten Einsatz „Auf Schalke“ wiederzusehen. Ein besonderer Dank gilt allen beteiligten Teileinheiten der BPO-LABT STA, die an der Gestaltung des Tages mitgewirkt haben. Ein weiterer Dank gilt der Kreisgruppe Sankt Augustin der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die sich mit einer Spende am Erfolg des Tages beteiligt hat.

**Foto: Manfred Telgen****Fabian Leißner**

## JUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG

Konstituierung der neu gewählten Haupt- und Bezirksjugend- und Auszubildendenvertretung (HJAV und BJAV): Am 11. Juni 2013 war es endlich soweit; die HJAV und BJAV haben sich nach erfolgreicher Wahl konstituiert und ihre Vorstände gewählt. Vorweg sei hier an dieser Stelle erwähnt, dass das Wahl-

ergebnis als ein großartiger Erfolg für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) gewertet werden darf.

Nur die GdP hat es bisher verstanden, sich für die Belange unserer Jugendlichen und Auszubildenden erfolgreich einzusetzen. Sei es bei der Übernahme im Anschluss an die Ausbildung oder bei der Eingruppierung. Die GdP war und ist als ständiger Begleiter während der Ausbildung in allen Fragen, die die Auszubildenden interessierten. Trotz zurückgehender Ausbildungszahlen haben die Jugendlichen und Auszubildenden ihr Kreuz bei den Bewerbern der GdP bei dieser Wahl gesetzt. – Dafür danken wir euch.

Die HJAV beim Bundesministerium des Innern setzt sich wie folgt zusammen: Zum Vorsitzenden wurde der Kollege Sören Deppe gewählt. Ihm zur Seite stehen die Kolleginnen Myriam-Yasmin Selter (Walsrode) und Ayhan Sultan (Lübeck). Sören Deppe ist gelernter Koch und arbeitet seit Abschluss seiner Ausbildung in seinem Beruf in Swisttal.

Die BJAV beim Bundespolizeipräsidium Potsdam sieht wie folgt aus: Denis Beil trägt Verantwortung als Vorsitzender. Ihm zur Seite ste-



Und die BJAV mit dem Wahlvorstand (v. l. n. r.): Peter Ludwig, Heiko Dammann, Myriam Selter, Deborah von Paul, Detlev Mantel sowie Denis Beil. **Fotos: GdP**



Die HJAV mit den Mitgliedern des Wahlvorstands (v. l. n. r.): Peter Ludwig, Detlev Mantel, Myriam Selter, Ayhan Sultan, Heiko Dammann sowie Sören Deppe.

hen die Kolleginnen Myriam-Yasmin Selter (Walsrode) und Deborah von Paul (Koblenz). Denis Beil arbeitet als Fachinformatiker beim Bundespolizeipräsidium, Dienstort Koblenz, Referat 52 – Netzmanagement. Im August erfolgte eine erste gemeinsame Sitzung beider Vertretungen in Berlin. **Peter Ludwig**

## ENGAGEMENT

### „Fluthilfe 2013“ auch in Walsrode ...

Schockiert und betroffen durch die angerichteten Schäden der Hochwasserflut entschloss sich der Vorstand der Kreisgruppe Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Walsrode (Foto) der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine Spendenaktion zu starten. Bei dieser Aktion konnten insgesamt 350,- Euro gesammelt und an die Bundespolizeistiftung weitergeleitet werden.

Dieser Betrag wurde nicht ausschließlich durch GdP-Mitglieder erzielt; – bei der Hilfe von Kolleginnen und Kollegen und deren Fami-

lien in der Not, ist die gewerkschaftliche Zugehörigkeit zweitrangig. Hierbei darf ausschließlich gelebte Solidarität an erster Stelle stehen. Dieser kleinere Beitrag der

Kreisgruppe wird die entstandene Not und das Leid nicht lösen, doch die Spendensumme steht symbolisch für Anteilnahme und Verbundenheit. **JB**



Foto: GdP





Foto: GdP

Die Kreisgruppe (KG) Flugdienst der Gewerkschaft der Polizei (GdP) feierte ein Grillfest bei sommerlichen Temperaturen. Im Nachgang zur Personalversammlung des örtlichen Personalrates des Flugdienstes in St. Augustin trafen sich die Mitglieder der GdP-Kreisgruppe Flugdienst zum Grillfest in der Bundespolizeiunterkunft in St. Augustin. So kamen die aktuellen gewerkschaftlichen Themen im Flugdienst ebenso zur Diskussion, wie auch die kleinen Alltagsorgen der Kolleginnen und Kollegen. Näheres hierzu unter: [www.dir-praesidium.gdp-bundespolizei.de](http://www.dir-praesidium.gdp-bundespolizei.de)

RS



### Information zur Umstellung vom Einzugsermächtigungsverfahren auf das SEPA-Basis-Lastschriftverfahren:

Die EU-Staaten haben vereinbart, einen einheitlichen europäischen Zahlungsverkehrsraum zu schaffen. Hierfür sind IBAN- und BIC-Nummern entwickelt worden, die die Bankleitzahlen ersetzen. Dies erfordert auch eine Umstellung in Bezug auf den Einzug der GdP-Mitgliedsbeiträge, da wir zur Zahlung des Mitgliedsbeitrags die Lastschrift (das Einzugsermächtigungsverfahren) nutzen. Als Beitrag zur Schaffung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums (Single Euro Payments Area [SEPA]) stellen wir ab dem 1. November 2013 auf das europaweit einheitliche SEPA-Basis-Lastschriftverfahren um. Die von Ihnen bereits erteilte Einzugsermächtigung wird dabei als SEPA-Lastschriftmandat weiter genutzt. Dieses Lastschriftmandat wird durch eine Mandatsreferenz und unsere Gläubiger-Identifikationsnummer (DE72ZZZ00000049113) gekennzeichnet, die von uns bei allen Lastschrifteinzügen angegeben werden. – Da diese Umstellung durch uns erfolgt, brauchen Sie nichts zu unternehmen! Ihre Mandatsreferenznummer, Ihr Monatsmitgliedsbeitrag und unsere Gläubiger-ID wurden Ihnen beim Beitragseinzug zum 1. August 2013 im Kontoauszug mitgeteilt. Ebenfalls teilen wir Ihnen dort den nächsten Abbuchungstermin mit. Sollten diese Angaben nicht mehr aktuell sein, bitten wir Sie um Nachricht. Ihre IBAN und den BIC finden Sie zum Beispiel auch auf Ihrem Kontoauszug. Für Monatsabbucher buchen wir immer zum ersten Werktag des Monats ab. Für Quartalsabbucher buchen wir immer zum ersten Werktag im zweiten Monat des Quartals ab.

## KREISGRUPPE SANKT AUGUSTIN

### Am 11. Juli 2013 fand die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe (KG) Sankt Augustin der Gewerkschaft der Polizei (GdP) statt.

Der KG-Vorsitzende Stefan Schopp (Bildmitte) konnte neben den zahlreichen Mitgliedern, den Vorsitzenden der Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei, Heinz Selzner, und als Gäste die Vertreter der Polizeiversicherungs-AG (PVAG), Joanna Kleyböcker und Wolfgang Reichl, begrüßen.



Foto: GdP

Nach den Berichten aus dem Vorstand und deren Entlastung durch das Plenum, dankte der Vorsitzende seinem Vorstand und allen Mitarbeitern, die sich aktiv an der Kreisgruppenarbeit in den letzten vier Jahren beteiligt haben. Danach wurde der Vorstand neu gewählt. Alle Vorstandsmitglieder wurden einstimmig gewählt und nahmen die Wahl an.

Anschließend ehrte der neugewählte Vorstand die Kollegen Klaus Hartjes (links im Bild) sowie Wolfhard Prill (rechts im Bild) für ihre 25-jährige Mitgliedschaft in der GdP.

Es wurden noch verschiedene aktuelle Themenfelder diskutiert und Heinz Selzner gab einen interessanten Einblick in die Arbeit der überregionalen Gremien. Im Anschluss an den offiziellen Teil ließ die GdP-Kreisgruppe Sankt Augustin den Tag mit einem gemütlichen Grillen

bei unserer Kantinenpächterin Anja Assion ausklingen.

Stefan Schopp

## FACHGRUPPE BAG

### Ja, die Bundestagswahl 2013 steht vor der Tür ...

„Wahlprüfsteine“ zu Themen der Beschäftigten des Bundesamts für Güterverkehr (BAG) wurden seitens unserer Fachgruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ebenfalls an die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien übersandt.

Eine Zusammenfassung der Antworten zu den drängenden Fragen der GdP-Fachgruppe wurden unter [www.gdp-bag.de](http://www.gdp-bag.de) präsentiert und können dort nachgelesen werden.

